

wandeln" werde. Wird es also der erste Staat der Welt sein, der die gewaltigen Kräfte, die ihm eines Tages zuwachsen, nicht zum Nachteil anderer Staaten einsetzt? Letztlich wird die Antwort auf diese Frage davon abhängen, ob China zu seiner traditionellen Erziehungshaltung zurückkehrt. 2000 Jahre außenpolitischer Praxis bieten Anschauungsmaterial dafür, daß ein Nachbarvolk, das die chinesischen Lektionen verinnerlicht und der VR China ihr Gesicht läßt, in seiner Eigenständigkeit respektiert wird, also nichts zu befürchten hat.

#### Anmerkungen:

- 1) Vgl. den vollen Text der Rede in C.a., August 1975, S.432-435.
- 2) Ebenda.
- 3) Näheres zu diesen Überlegungen ist ausgeführt in: Draguhn/Schier (Hrsg.), "Indochina: Der permanente Konflikt?", Bd.139 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1985, S.245-270, und Weggel, "Entwicklungen der Indochina-Frage seit dem Ende des Vietnamkriegs. Geschichtete Perspektiven, denkbare Lösungsansätze" in: Europaarchiv 1985, Nr.2, S.49-56.
- 4) XNA, 21.11.85.
- 5) Weitere Einzelheiten hierzu in: Oskar Weggel, "Die Weltgeltung Chinas. Zwischen Verweigerung und Impansionismus", München 1986, III.Kap.
- 6) In diesem Sinn XNA, 21.11.85.
- 7) Einzelheiten dazu in: Oskar Weggel, "Neue Entwicklungen im Außenhandelsrecht: Die Provinzen melden sich zu Wort", C.a., November 1981, S.725-731.
- 8) Dazu Oskar Weggel, "Bleiben die Planeten auf ihren Bahnen? Peking und die Provinzen", C.a., November 1972, S.15-21.
- 9) Eine höchst lesenswerte Aufschlüsselung findet sich bei Wolfgang von Lingelsheim-Seibicke, "Das China-Geschäft heute und morgen. Chancen und Risiken neuer Marketingkonzeptionen", Köln 1985, S.261 ff.
- 10) HQ 1982/8 in BRu 1982, Nr.22, S.14-17.

\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*

BRUNHILD STAIGER

#### Schwerpunkte der Erziehungsarbeit im Jahre 1986

\*  
\*  
\*\*\*\*\*

Anfang März 1986 fand in Beijing eine nationale Arbeitskonferenz über das Erziehungswesen statt, auf der die Fortschritte seit Inkrafttreten der Erziehungsreform vom Mai 1985 sowie die Aufgaben für das laufende Jahr diskutiert wurden. Auf der Abschlußveranstaltung am 10.März hielt Li Peng, der Vorsitzende der Staatlichen Erziehungskommission, eine Rede über die Schwerpunkte der diesjährigen Arbeit auf dem Gebiet des Erziehungswesens (vgl. GMRB, 12.3.86). Die Rede vermittelt einen guten Überblick über die Probleme, mit denen sich die Kommission und die lokalen Erziehungsbehörden zur Zeit konfrontiert sehen. Sie soll deshalb im folgenden kurz analysiert werden.

#### 1. Einführung der neunjährigen Schulpflicht.

Li Peng setzte sich zunächst mit dem Hauptproblem des chinesischen Erziehungssystems auseinander, nämlich der Einführung der allgemeinen Schulpflicht. Diese soll auf neun Jahre ausgedehnt werden, eine Forderung, die in den Beschlüssen zur Erziehungsreform vom Mai 1985 enthalten ist und für die erst kürzlich ein Gesetzentwurf vorgelegt wurde (vgl. C.a. 1986/1, Ü19). Da sich die chinesische Regierung bewußt ist, daß die neunjährige Schulpflicht nicht gleichzeitig in ganz China zu verwirklichen ist, geht sie den Weg der ungleichen Entwicklung, ähnlich wie in der Wirtschaft, d.h., den lokalen Einheiten sind je nach Entwicklungsstand unterschiedliche Fristen zur Erreichung des Zieles gesetzt. Diese Strategie bekräftigte Li Peng in seiner Rede vom 10.3.86, indem er betonte, daß bei der Einführung der neunjährigen Schulpflicht von den unterschiedlichen wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen der verschiedenen Gebiete und Orte auszugehen sei. Zunächst einmal müsse die Grundschulbildung überall gut eingeführt werden. Die Erscheinung, daß die Grundschulbildung gelegentlich vernachlässigt werde, sei zu korrigieren. Außerdem sei auf den Grund- und Mittelschulen die Lern-

belastung der Schüler zu verringern; zugleich solle die Tendenz unterbunden werden, blind danach zu streben, möglichst viele Schüler auf weiterführende Schulen überwechseln zu lassen. Im übrigen solle den Schülern eine umfassende Bildung zuteil werden, die die moralische, wissensmäßige und körperliche Entwicklung einschließt. Besonderer Wert solle auf den Unterricht in Sprache und Mathematik gelegt werden, daneben seien aber auch Fächer wie Musik, Sport und Kunst nicht zu vernachlässigen.

Das Hauptproblem bei der Einführung der neunjährigen Schulpflicht sei nach wie vor das Lehrproblem. Zur Lösung dieses Problems nannte Li Peng drei verschiedene Wege: a) länger- und kurzfristige Ausbildungskurse an pädagogischen Hochschulen, b) Entsendung von Lehrergruppen aus dem der Zentrale unterstellten Bildungssektor in unterentwickelte Gebiete, wo sie Lehrer ausbilden helfen sollen, und c) Lehrerfortbildung durch Fern- und Fernsehkurse. Neben der Ausbildung erwähnte Li Peng als weiteres Problem die soziale Stellung und die wirtschaftlichen Bedingungen der Lehrer im nichtstaatlichen Bereich, also im nicht der Zentrale unterstellten Sektor (minban-Sektor), dem der überwiegende Teil der Lehrerschaft angehört. Das Ziel müsse sein, diese Lehrer wirtschaftlich den der Zentrale unterstehenden Lehrern gleichzustellen. Schließlich ermunterte Li Peng insbesondere den nichtstaatlichen Erziehungssektor zu höheren Investitionen im Erziehungswesen.

Aus den in diesem Punkt angeschnittenen Problemen geht hervor, daß das Ziel der neunjährigen Schulpflicht auf zweierlei Schwierigkeiten stößt: einmal den Mangel an qualifizierten Lehrern, zum anderen die Finanzknappheit der Gemeinden, die die Hauptlast der allgemeinen Schulbildung zu tragen haben, da sie für die Grundschulziehung zuständig sind. Daß die lokale Ebene nicht genügend im Erziehungswesen investiert, hat mehrere Gründe. Einige Gemeinden scheinen finanziell tatsächlich überfordert zu sein, andere wollen die Prioritäten zugunsten wirtschaftlicher Projekte setzen, wieder andere sehen keinen Sinn darin, im Bildungssektor zu investieren, in dem es lange dauert, bis die Investitionen sichtbare Ergebnisse einbringen. Das von Li Peng kritisierte Streben vieler Schulen, eine möglichst große Anzahl von Schülern auf weiterführende Schulen zu bringen, erklärt sich daraus, daß diese Schulen öffentliche Zuschüsse zu erlangen hoffen, denn der Staat unterstützt nur die qualitativ herausragenden Schulen.

## 2.

**Hochschulsektor**

Zunächst bestätigte Li Peng die bereits vor einiger Zeit getroffene Entscheidung, auf absehbare Zeit keine neuen Hochschulen zu gründen, sondern das vorhandene Potential auszuschöpfen und das Niveau der bestehenden Hochschulen anzuheben (vgl. C.a., 1985/12, Ü 21). Ferner sprach er sich für eine Vielfalt der Hochschulbildung aus. Neben den regulären Ganztagshochschulen führte er die nichtregulären Hochschulen an, namentlich die Fernseh-, Fern- und Freizeituniversitäten sowie Einrichtungen zum Selbststudium. Unter den gegenwärtigen Bedingungen könne auf diesen nichtregulären Sektor keinesfalls verzichtet werden, sondern müsse dieser im Gegenteil noch stärker ausgebaut werden. Die Fernsehuniversität sei zum einen zur Fortbildung für Berufstätige gedacht, zum anderen solle sie Abiturienten, die keinen regulären Studienplatz erhalten, die Möglichkeit zum Studieren geben. Durch zwei Methoden sei es dem Staat möglich, noch mehr Hochschulstudenten auszubilden: durch die Zulassung selbstzahlender Studenten und durch die stärkere Einschränkung der Arbeitsplatzgarantie für Hochschulabsolventen. Beide Methoden ermöglichen die Zulassung einer höheren Zahl von Studenten zum Hochschulstudium, ohne daß dem Staat dadurch eine zusätzliche Belastung entstehen würde.

Während diese beiden Methoden schon seit einiger Zeit versuchsweise praktiziert werden (vgl. C.a., 1985/4, Ü 20), soll in diesem Jahr eine weitere Reformmaßnahme hinzukommen: Wie Li Peng ankündigte, soll das Stipendiensystem reformiert werden. Bisher war es so, daß alle regulären Hochschulstudenten automatisch staatliche Stipendien erhielten. Jetzt soll nicht mehr nach dem Prinzip des "Essens aus dem großen Reistopf" verfahren werden, sondern die Stipendien sollen - dieses Jahr zunächst versuchsweise an ausgewählten Hochschulen - nach Leistung vergeben werden. Wie schon bei der Zulassung von Selbstzahlern und der Einschränkung der Arbeitsplatzgarantie abzulesen, macht auch diese Maßnahme deutlich, daß sich der Staat immer mehr darauf konzentriert, Spitzenleistungen zu finanzieren, also eine Elite heranzuziehen, während die Allgemeinbildung in bezug auf finanzielle Unterstützung für ihn sekundäre Bedeutung hat.

Auch in bezug auf die Postgraduierten kündigte Li Peng eine Reform an, die in erster Linie der unliebsamen Tendenz entgegenwirken soll, "daß gegenwärtig eine ganze

Reihe von Postgraduierten völlig wirklichkeits- und bedarfsfern" studiere. Um diese Tendenz einzudämmen und die Wissenschaft noch mehr in den Dienst der Vier Modernisierungen zu stellen, soll ebenfalls versuchsweise der Weg für Leute aus der Praxis geöffnet werden, einen wissenschaftlichen Grad zu erwerben, wenn der entsprechende Standard vorhanden ist.

## 3.

**Auslandsstudium**

Li Peng sprach sich für eine langfristige Fortführung der Politik aus, Studenten und Wissenschaftler mit staatlichen Stipendien wie auch als Selbstzahler zum Studium ins Ausland zu schicken. Hochgradige Fachleute auszubilden, die im Ausland mit fortgeschrittener Wissenschaft und Technik sowie Wirtschaftsmanagement vertraut gemacht werden, sei unbedingt zu bejahen, auch wenn es dabei einige Probleme gebe. Er betonte, daß bei der Entsendung von Studenten und Wissenschaftlern vom Bedarf auszugehen sei, insbesondere vom Bedarf der einstellenden Einheiten, damit die Fähigkeiten der Studenten und Wissenschaftler nach ihrer Rückkehr voll zur Geltung gebracht werden könnten. Deutet sich schon in dieser Äußerung an, daß man den Kreis der Auslandsstudenten gegenwärtig nicht unnötig ausdehnen möchte, so wird dieser Eindruck durch Lis Erklärung bestätigt, daß mittlerweile sehr viele Hochschulinstitutionen in China in der Lage seien, Postgraduierte auszubilden und daß daher der Schwerpunkt der Postgraduiertenausbildung künftig in China selbst zu liegen habe. Als weitere Methode schlug er gemeinsame Ausbildungsprogramme von chinesischen und ausländischen Hochschulen vor. Auf diese Weise könne man auch von der ausländischen Wissenschaft und Technik profitieren und noch schneller eine noch größere Zahl von Postgraduierten ausbilden. Im Klartext bedeutet das, daß Dozenten und Professoren von ausländischen Hochschulen an chinesischen Hochschulen Vorlesungen halten. Diese Methode hat neben Kosteneinsparung auch den Vorteil, daß die Postgraduierten weniger den vermeintlich schädlichen Einflüssen des Westens ausgesetzt sind, als wenn sie im Ausland studierten.

## 4.

**Erwachsenenbildung sowie berufliche und technische Ausbildung**

Hier vertrat Li Peng die Ansicht, daß die Erwachsenenbildung einen wichtigen Weg darstelle, Fachleute heranzubilden, insbesondere solche in mittleren und jungen Jahren. Er widersprach der Vermutung, daß man mit der Einführung einheitlicher Aufnahmeprüfungen in diesem

Jahr (vgl. C.a., 1986/2, Ü 20) die Erwachsenenbildung einschränken wolle; vielmehr diene die Maßnahme dazu, das gegenwärtig herrschende Durcheinander zu überwinden. Zugleich plädierte er dafür, die Erwachsenenbildung hauptsächlich in die Freizeit zu verlegen und die Beurlaubung von der Arbeit so weit wie möglich zu verringern, "um bei den Betrieben und Organisationen den gegenwärtigen Widerspruch zwischen Arbeit und Studium zu lösen". Die Einheiten sollten für die sich Fortbildenden allerdings die notwendigen Bedingungen schaffen. Er wies darauf hin, daß das von der Zentrale eingerichtete Satellitenfernsehen der Situation Rechnung trage, indem es die Erwachsenenbildungsprogramme der Fernsehuniversität in die Abendstunden lege, damit ohne Beurlaubung von der Arbeit die Gelegenheit zum Studieren gegeben sei.

Offensichtlich scheinen viele Betriebe zu bemängeln, daß eine zunehmende Zahl von Angestellten und Arbeitern Bildungsurlaub in Anspruch nehmen will und darunter die Produktion leidet. Ob den Betrieben letztlich mit der vom Staat angestrebten Lösung, die Fortbildung in die Abendstunden zu verlegen, gedient ist, bleibt fraglich, denn einerseits dürfe der Lerneifer nach einem vollen Arbeitstag stark gemindert sein, und andererseits müssen auch die Betriebe sehen, daß eine besser qualifizierte Mitarbeiterschaft für die Produktion nur förderlich sein kann.

Größte Bedeutung maß Ling Peng der beruflichen Bildung bei. Der Ausbau dieses Bildungssektors, einschließlich der Umwandlung allgemeinbildender in berufsbildende Mittelschuloberstufen, sei ein dringendes Erfordernis für die Modernisierung. Er nannte zwei Probleme, die der beruflichen Bildung gegenwärtig zu schaffen machten und rechtzeitig einer Lösung bedürften. Erstens müsse den Schülern während ihrer Ausbildung mehr Gelegenheit zu praktischer Arbeit gegeben werden, denn nur dann könne man qualifizierte Fachleute mit speziellen Fertigkeiten heranbilden. Zweitens bestehe ein großer Mangel an Berufsschullehrern. Zur Behebung dieses Mangels müßten auch die Hochschulen ihren Beitrag leisten.

Schließlich hob Li Peng die Bedeutung der Kindergartenerziehung hervor. Auch in diesem Sektor, der ganz in die Verantwortung der Kollektive fällt, bezeichnete er den Lehrermangel als das Hauptproblem.

## 5.

**Ideologisch-politische Arbeit an den Schulen**

Obwohl dieser Punkt in Li Pengs Rede den letzten Platz einnahm, lag er ihm offensichtlich am meisten am Herzen, denn er nahm, zumindest der Zusammenfassung in der Guangming-Zeitung nach zu urteilen, den breitesten Raum ein. Li Peng wandte sich in erster Linie an die Hochschulen, deren Aufgabe es sei, Fachleute mit sozialistischem Bewußtsein heranzubilden. Der Mehrzahl der Studenten bescheinigte er, daß sie ideologisch in Ordnung sei. Die Studenten glaubten an den Marxismus-Leninismus und wollten ihn studieren, sie erkannten die Führungsrolle der Kommunistischen Partei und den sozialistischen Weg an und würden die Revolution unterstützen, sagte er, d.h., er billigte der Mehrheit zu, daß sie die sog. "Vier grundlegenden Prinzipien" akzeptiere. Sorge bereiten ihm allerdings die Liberalisierungsgedanken, die "in den Hochschulen einen bestimmten Einfluß ausüben". Auch gebe es eine Reihe von Studenten, die sich von der Wirklichkeit und den Massen trennten, diese geringachteten und ein übermäßiges Selbstwertgefühl hätten. Diesem Problem sei mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Li Peng machte drei Empfehlungen, wie dem Problem beizukommen sei:

a) Zunächst einmal müssen die Parteikomitees der Schulen und die Organisationen aller Ebenen Klarheit darüber haben, was sie unterstützen und gegen welche Haltung sie sich wenden sollen. In bezug auf ideologische Kenntnisse müssen alle Studenten gleich behandelt werden. Man soll argumentativ und nach der Methode der demokratischen Diskussion vorgehen, nicht jedoch nach der Methode, einfach streng Druck auszuüben. Man muß die Ansichten und Einschätzungen der Studenten achten und sich bemühen, die Lern- und Lebensbedingungen der Studenten zu verbessern.

An dieser Anweisung ist deutlich zu erkennen, daß man die ideologische Erziehung der Studenten außerordentlich behutsam angehen will, um diese für die Modernisierung so wichtige Gruppe künftiger Fachleute nicht der Partei zu entfremden. In letzter Zeit hatte es wiederholt Aufrufe gegeben, den Politikunterricht interessanter und anspruchsvoller zu gestalten, d.h., die Partei sieht inzwischen, daß der mangelnde Enthusiasmus nicht allein den Schülern und Studenten anzulasten ist.

b) So forderte Li denn auch als nächstes, das Kontingent der Lehrer für die ideologisch-politische Arbeit an den Schulen aller Ebenen durch eine stärkere Professionalisierung zu verbessern.

c) Nicht zuletzt soll der Politikunterricht selbst reformiert werden, indem man den Lehrstoff erweitert dadurch, daß man z.B. eine enge Verbindung zur Lage in der Welt und zu der Wirklichkeit des chinesischen Aufbaus herstellt. Es soll ein aufgeklärter, auf freier Diskussion beruhender Unterricht sein.

Auch die Jugendliga und die Studentenorganisationen müssen nach Ansicht Li Pengs in der politischen Erziehung eine wichtige Rolle spielen. Schließlich plädierte Li für eine engere Verbindung der Studenten mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Für ihre politisch-ideologische Bildung sei es wichtig, daß die Studenten ihre Ferien für einen engeren Kontakt mit der Gesellschaft nutzen, indem sie z.B. in die Produktion gingen, Untersuchungen und Erhebungen in der Gesellschaft anstellten oder militärische Übungen machten. Solche Aktivitäten sollten formalisiert und in die Lehrpläne aufgenommen werden.

Kritiker der Betonung von Buch- und Fachkenntnissen sehen die Gefahr der Entstehung einer neuen Bildungskaste, die den Kontakt zum Volk verliert und deren politisch-ideologische Einstellung zu wünschen übrig läßt. Die Regierung freilich hat es schwer, den Eindruck zu widerlegen, sie wolle eine neue Bildungselite heranziehen. Tatsächlich tut sie im Interesse der Modernisierungspolitik alles, um die Ausbildung hochqualifizierter Fachleute zu fördern. Um dem Vorwurf zu entgehen, sie vernachlässige darüber die ideologische Bildung, muß sie diese zu ihrem eigenen Anliegen machen. Die Betonung der ideologischen Bildung ist ein Zugeständnis an die Kritiker, das die Regierung machen muß, um ihren derzeitigen Kurs der konzentrierten Förderung einer Bildungselite durchsetzen zu können. Deshalb wird es nicht ungerne gesehen, wenn Studenten und Schüler wieder körperliche Arbeit in der Landwirtschaft oder in Betrieben leisten, eine Tendenz, die in den letzten ein bis zwei Jahren zu beobachten ist (vgl. C.a. 1984/4, Ü 27, und 1985/3, Ü 19). Allerdings ist der körperlichen Arbeit der Charakter einer Zwangsmaßnahme weitgehend dadurch genommen, daß heute der materielle Anreiz im Vordergrund steht, sei es, daß Schüler Geld erwirtschaften, das ihrer Schule zugute kommt, sei es, daß Studenten mit der Arbeit ihr Studium finanzieren. Gerade das letzte dürfte zunehmend notwendig sein angesichts der Tatsache, daß künftig nicht mehr generell alle Studenten mit staatlichen Stipendien rechnen können.

## 6. Duales Bildungssystem

Die fünf von dem Vorsitzenden der Staatlichen Erziehungskommission angesprochenen Punkte lassen erkennen, daß die Regierung an dem bisherigen Erziehungskonzept, wie es in den Reformbeschlüssen vom Mai 1985 (vgl. C.a., 1985/5, Ü 16) zum Ausdruck kommt, festhalten will, d.h., die Reform soll weitergeführt und konsolidiert werden. Dieser Kurs findet jedoch durchaus nicht nur Befürworter. Fachleute in China wie im Ausland bezeichnen das gegenwärtig verfolgte Konzept häufig als "duales Bildungssystem", das sich in einen Elitesektor und einen Massensektor unterteilt (vgl. hierzu Stanley Rosen, "Recentralization, Decentralization, and Rationalization. Deng Xiaoping's Bifurcated Educational Policy", in: Modern China 11/3 (July 1985), S.301-346). Dem Elitesektor werden vor allem die sog. Schwerpunktschulen (das sind Eliteschulen), die es bekanntlich auf allen Ebenen gibt, sowie die regulären Hochschulen zugeordnet, während der überwiegende Teil der Grundschulen und Sekundarschulen, bei letzteren insbesondere diejenigen mit berufsbildender Oberstufe, sowie die nichtregulären Hochschulen dem Massensektor zugerechnet werden. Die Kritiker werfen der Regierung vor, einseitig den Elitesektor zu fördern und die Massenbildung zu vernachlässigen. Tatsächlich ist seit Wiedereinführung der Hochschulaufnahmeprüfungen im Jahre 1977/78 der Zugang zu den regulären Hochschulen immer restriktiver gehandhabt worden (vgl. ebd., S.311-14). Es ist schwer zu beurteilen, ob der Elitesektor möglicherweise zu klein und zu exklusiv gehalten wird. Der Staat orientiert sich in dieser Hinsicht eindeutig an seinem Bedarf, und zwar sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht. Das zeigt schon die Tatsache, daß nur noch ein Teil der Studenten in den Genuß einer Arbeitsplatzgarantie kommt.

Die Kritiker wenden sich vor allem gegen die Einrichtung der Schwerpunktschulen, die einseitig auf die Elitebildung ausgerichtet sind (vgl. C.a., 1984/9, Ü 23). In der Praxis ist es schon heute so, daß Schülern anderer Schulen der Zugang zu den regulären Hochschulen versperrt ist. Ein weiterer Punkt der Kritik gilt der offiziell propagierten Umwandlung regulärer Sekundarschulen in berufsbildende Sekundarschulen, eine Maßnahme, die als der Allgemeinbildung abträglich erachtet wird (vgl. S.Rosen, a.a.O., S.318-23).

Li Peng ging in seiner Rede auf diese kritischen Punkte nicht ein, was nicht bedeutet, daß sich die Regierung ihrer nicht bewußt wäre.

